

Stadt Nürnberg bietet Photovoltaik-Checks für Unternehmen

Solarstrom ist die Schlüsseltechnologie

Im Nürnberger Photovoltaik-Check (PV-Check) Plus wird das Solar-Potenzial im Unternehmen erhoben, die Wirtschaftlichkeit analysiert, die Ergebnisse nebst möglicher Umsetzung werden vorgestellt. Und ein Fachleuteteam begleitet die weiteren Schritte sogar noch bei der Realisierung. Für die ersten Unternehmen ist das Angebot sogar kostenlos. Ein Beispiel für andere Kommunen?

Schon bisher gab es in Nürnberg das kostenfreie Beratungsangebot „Solarcheck“ der Stadt. Örtliche Unternehmen konnten sich neutral dabei über den Einsatz von PV im eigenen Betrieb beraten lassen. Doch der ganz neue mit dem „Plus“ geht weit darüber hinaus.

Die Wettbewerbsfähigkeit steigern

Ein Hauptgrund: Für den städtischen Umweltreferenten Peter Pluschke (Grüne) ist Solarstrom „die Schlüsseltechnologie. Wir brauchen eine Vervielfachung des PV-Bestands in der Region, um die Klimaziele zu erreichen.“ Dafür müssten „Umwelt und Wirtschaft bewusst und gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten. Konkrete Maßnahmen, vor Ort handeln“ fordert sein CSU-Kollege, der Wirtschaftsreferent Michael Fraas deshalb. Und das nicht nur, „um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, indem die riesigen Energiepotenziale im Gewerbe genutzt und damit Geld gespart“ werde. Sondern eben auch durch den Einsatz von erneuerbaren Energien in den Unternehmen selbst.

Rainer Kleedörfer vom Regionalversorger N-Ergie AG fordert „massiven Zubau an Wind und PV“. Dabei speisen in dessen Verteilnetz bereits über 50 000 dezentrale Stromerzeuger ein. „Schnell geht der Zubau nur mit PV. Die Preise haben sich deutlich reduziert, die Potenziale sind gewaltig, gerade auf den Dächern. Hier ist Platz für weitere 40 000 Megawatt“ (MW), sagt Kleedörfer. Zum Vergleich: Zurzeit sind etwa zwei Drittel der in Bayern installierten 12 000 MW Solarstrom-Leitungen auf Dachflächen montiert.

N-Ergie-Mann Kleedörfer stellt dazu klar: Sein Unternehmen sei



Schielein Busreisen ist Solarstrom-Vorreiter in Nürnberg: Etwa 50 Prozent des selbst erzeugten Solarstroms von ihrer Dachanlage nutzt das Unternehmen im eigenen Haus, nur der Rest wird ins Stromnetz eingespeist. FOTO: WRANESCHITZ

selbstverständlich bereit, „selbst in die Finanzierung einzusteigen. Mietkauf ohne eigene Investition“ bietet der Konzern Dritten an. Eine PV-Anlagengröße über 100 kW sei dafür aber Voraussetzung.

Der PV-Check Plus ist ein Angebot der firmenunabhängigen „Solarinitiative Nürnberg“ des städtischen Umweltreferats. Mit der Beratung beauftragt ist die Energieagentur Nordbayern. EAN-Geschäftsführer Erich Maurer: „Wenn mehr Firmen PV-Anlagen auf Firmendächern platzieren, dann wird auch die Akzeptanz allgemein noch besser. Sowieso ist die Wirtschaftlichkeit für Unternehmen weiterhin gegeben, besonders wenn man über 50 Prozent des Stroms selbst nutzt. Das Zauberwort bei der Wirtschaftlichkeit ist die Eigenstromnutzung“ sagt er, und: „Je mehr, umso

besser.“ Schließlich werde der zugekaufte, teurere Netz-Strom durch PV-erzeugten ersetzt. Und der koste heute um die zehn Cent pro Kilowattstunde (C/kWh), sei also wesentlich billiger als der Strom vom Versorger.

Die Firmen haben oft Angst wegen der Statik

Wenn eigentlich alles für PV im Unternehmen spricht, warum ist dann überhaupt der PV-Check Plus notwendig? Für Stefan Seufert, einen der Fachberater der Solarinitiative, gibt es dafür eine ganze Reihe Gründe: „Beim Bestand haben die Firmen oft Angst wegen der Statik. Die Wirtschaftlichkeitsprognose für Solarstrom ist nicht Kernkompetenz von Unter-

nehmen, die Mitarbeiter haben andere Aufgaben. Es gibt jede Menge Betreiberkonzepte und, und, und.“

Diese Bedenken durch Fakten zerstreuen, die Firmen intensiv unterstützen sei Sinn des Projekts. Und auch nach der Entscheidung „pro Solar“ sei die Unterstützung dank des „Plus“ im neuen Programm gewährleistet. Die vier Stufen dabei: Der Vor-Ort-Besuch eines Beraters bei der Firma, die Durchführung des PV-Checks selbst, dessen Präsentation im Unternehmen, die Hilfe bei der Projektumsetzung, erklärt Seufert.

Auf dem Dach der Fahrzeughalle des Nürnberger Busunternehmens Schielein-Reisen erzeugt bereits seit ein paar Jahren eine 200-kW-PV-Anlage Solarstrom. Etwa die Hälfte davon nutze die Firma bereits im eigenen Betrieb,

berichtet Alex Nettersheim, der Qualitätsbeauftragte bei Schielein. Er ist gleichzeitig Leiter des Omnibusbetriebs und denkt auch über den Kauf von Elektrobussen nach. Durch deren Ladung könne der Eigenverbrauch sogar noch steigen.

Die Bürokratie hat einige Stolpersteine parat

Doch: „Wir fahren nicht nur Stadtverkehr. Deshalb genügen die 180 bis 250 km Reichweite nicht, die serienmäßige E-Busse anbieten“, schränkt Nettersheim ein. Auf jeden Fall lobt er die Beratung durch die Solarinitiative: „Uns als Laien hat der Solarcheck die notwendigen Infos geliefert. Und zwar nicht nur zu PV,

sondern auch zum Einsatz von LED-Leuchtstoffröhren oder zur Druckluftanlage.“ 30 solch kostenfreier Solarchecks habe man bereits durchgeführt, heißt es von der Solarinitiative.

Allerdings wäre zusätzliche Unterstützung hilfreich gewesen, zum Beispiel bei der Auswahl der passenden Installationsfirma, zur Erfüllung der Bürokratie. Zu Stolpersteinen eben, an die Nicht-Energie-Firmen zunächst nicht denken, heißt es von Schielein einschränkend.

„Genau deshalb nehmen wir die Firmen jetzt länger an der Hand“, freut sich Erich Maurer von der EAM über die zusätzlichen Möglichkeiten, die der um das „Plus“ erweiterte PV-Check der Solarinitiative Nürnberg nun bietet.

> HEINZ WRANESCHITZ

Landkreis Wunsiedel setzt auf alternative Technologien

Wasserstoff und Elektro

In drei Tagen Probezeit hat er die Verantwortlichen am Landratsamt absolut überzeugt: der Toyota Mirai. Reichweite, Fahrgefühl – all das wurde positiv bewertet und somit wird das Wasserstoff-Auto im kommenden Jahr neues Mitglied in der Flotte des Landkreises. Der Mirai ist aber nicht nur ein Fahrzeug, sondern auch ein Bekenntnis zu dieser modernen Technologie, die man im Fichtelgebirge auf vielen Ebenen in den kommenden Jahren gezielt vorantreiben, und damit eine Modellregion in Sachen Wasserstoff werden möchte. Dazu hat man sich im Hinblick auf die Themen ÖPNV, regionale Logistik, Tank-Infrastruktur für private Nutzer, Schienenverkehr und Fahrzeugflotten von Unternehmen und Kommunen ambitionierte Ziele gesteckt. Geplant sind für die nächsten Jahre zum Beispiel der Einsatz von wasserstoffbetriebenen Bussen im öffentlichen Personennahverkehr, aber auch die schrittweise Umrüstung von kommunalen Fuhrparks. Auch die Akzeptanz von Wasserstoff-Fahrzeugen im privaten Bereich möchten die Verantwortlichen gezielt vorantreiben.

In diesen Bemühungen steht der Landkreis dabei nicht allein. Paral-



Zufrieden nach der Probefahrt (von links): Klimaschutzmanager Jürgen Kromer, Landrat Karl Döhler (CSU), der Vertriebsleiter des Autohauses Engel, Christof Roß, und der Leiter der Entwicklungsagentur Fichtelgebirge, Thomas Edelmann. FOTO: LRA WUNSIEDEL

lel dazu haben die SWW Wunsiedel, die Siemens AG und die Firma Rießner-Gase eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben, in Wunsiedel im kommenden Jahr einen sogenannten Elektrolyseur zur Wasserstoffgewinnung zu bauen. In zwei Wasserstoff-Stammtischen des Landkreises wurde das Interesse der regionalen Wirtschaft an diesem Thema ermittelt und als groß eingestuft. Auch mit führenden Logistikern und anderen strategischen Partnern ist man bereits im Austausch.

Darüber hinaus wird aber auch der Bereich E-Mobilität weiter gefördert. Über das Klimaschutzmanagement-Leuchtturmprojekt Kommunale E-Flotte sind in den Kommunen in den vergangenen Monaten sieben Elektroautos angeschafft worden. Zum Einsatz kommen sie im Markt Thierstein, dem Kommunalunternehmen Fichtelgebirge (KUFi), der gKU Oberes Egertal sowie der WUN Infrastruktur. Es handelt sich dabei teilweise um Pkw wie den Renault Kangoo Z.E. oder den Nissan Leaf; die Bauhöfe haben Kleintransporter mit Elektroantrieb erhalten. Finanziell gefördert wurde die Anschaffung über die Kommunalrichtlinie durch den Projektträger Jülich. > BSZ

Kleinunternehmer haben ab 2020 weniger Bürokratie

„Seitdem ich Wirtschaftsminister bin, setze ich mich für die Anhebung der umsatzsteuerlichen Kleinunternehmergrenze von derzeit 17 500 Euro auf 22 000 Euro ein“ sagt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW). Dies wird nun ab 1. Januar 2020 Wirklichkeit. „Damit ist ein gutes Stück Entlastung für unsere Kleinstbetriebe erreicht“, freut er sich. Gerade die Kleinsten würden besonders unter der zunehmenden Bürokratie leiden und fühlten sich oft ausgebremst von den zahlreichen Vorschriften.

Bereits aus Gründen der Preissteigerung sei die Anhebung sachlich geboten. „Denn die bestehende Umsatzgrenze von 17 500 Euro ist seit 2003 unverändert“, so Aiwanger. Die Kleinunternehmerregelung diene der Vereinfachung. Sie gewähre dem Unternehmer ein Wahlrecht, faktisch wie ein Nichtunternehmer behandelt zu werden. Würden bestimmte Umsatzgrenzen nicht überschritten, werde die Umsatzsteuer nicht erhoben. Zum einen dürften im vorangegangenen Kalenderjahr nicht mehr als 17 500 Euro vereinnahmt worden sein. Zum anderen dürfe der Umsatz im laufenden Kalenderjahr 50 000 Euro voraussichtlich nicht übersteigen. > BSZ